



NIEDERSCHRIFT

über die 6. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 04.02.2020,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:54



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Margit Frey

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

ab 17.06 Uhr TOP 1 ö.S.

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Rudi Klemm

AfD

Christian Gies

Alfred Haas

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Tobias Schreiner

bis 19.40 UHR TOP 20 ö.S.

Bastian Stock



Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Alexander Siegrist (Finanzverwaltung)

Sonstige

Lisa Behret (Jugendamt)

Sandra Diehl (Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Dorothea Müller (Ortsvorsteherin Mörzheim)

Nihanya Thevathas (stellvtr. Vorsitzende Jugendbeirat)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

SPD

Prof. Dr. Hannes Kopf

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
3. Resolution des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz; Für Demokratie und kommunale Selbstverwaltung - gegen Aushöhlung der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in den Städten!
Vorlage: 100/303/2020
4. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Transport der gelben Wertstofftonnen
Vorlage: 101/513/2020
5. Antrag des Ortsbeirates Nußdorf; Errichtung einer zweiten Bushaltestelle für Nußdorf
Vorlage: 101/514/2020
6. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Förderung von Lastenrädern in Landau
Vorlage: 101/515/2020
7. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Park & Ride Parkplätze und Anbindung an den ÖPNV
Vorlage: 101/516/2020
8. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung der Geschäftsordnung
Vorlage: 101/517/2020
9. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen in der Königstraße
Vorlage: 101/518/2020
10. Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 100/302/2020
11. Rheinland-Pfalz-Tag 2024
Vorlage: 100/295/2019
12. Bildung eines Universitätsausschusses, Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 300/013/2020
13. Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2030 der Stadt Landau in der Pfalz; Entwurfs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: 610/588/2019



- 13.1. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Übernahme der „Perspektivflächen über 2030 hinaus“ für die Ortsteile in den Flächennutzungsplan 2030
Vorlage: 101/512/2020
14. Bebauungsplan C 25 „Konversion Landau Süd / Landesgartenschau“ – Aufstellungsbeschluss 3. Teiländerung (Gebiet in der Gemarkung Landau, Paul-von-Denis-Straße zwischen Franz-Schubert-Straße und Mozartstraße)
Vorlage: 610/597/2019
15. Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans „GS 10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“ der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/598/2020
16. Neue Innenstadtmobilität
Vorlage: 660/213/2019
17. Entleerung, Kassettentausch, sichere Verwahrung und Zählung sowie Ablieferung von Bargeldern aus Parkscheinautomaten und einem Gebührenautomaten der öffentlichen Toilettenanlage Langstraße in Landau in der Pfalz; Vergabe des Auftrags für 2020-2022
Vorlage: 680/206/2020
18. Verlängerung des Prüfauftrages für den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau für die Jahre 2020 und 2021
Vorlage: 820/273/2020
19. Wirtschaftsplan 2020; Übertrag von Mittel des Wirtschaftsjahres 2019
Vorlage: 820/274/2020
20. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner bat darum, künftig früher über Bürgerinformationsveranstaltungen zu informieren.

Ein weiterer Einwohner fand, dass es keine Informationen zur geplanten Entwicklung des neuen Stadtgebietes gebe. Auch zur Frage, wie man den Klimanotstand gestalten wolle gebe es keine Informationen. Er habe als Anregung eine Gestaltungsmöglichkeit für das neue Wohngebiet erarbeitet, die er gerne übergeben wolle.

Der Vorsitzende erläuterte kurz, was derzeit alles geplant sei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Katharina Kerbstat über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Frau Kerbstat ist für Herrn von Moers-Meißner in den Stadtrat nachgerückt, da dieser seinen Wohnsitz verlegt habe.

Der Vorsitzende verpflichtete Frau Kerbstat gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Resolution des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz; Für Demokratie und kommunale Selbstverwaltung - gegen Aushöhlung der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in den Städten!

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 24. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die sieben betroffenen kleineren kreisfreien Städte hätten sich verständigt, eine gleichlautende Resolution in den jeweiligen Stadtrat einzubringen. Man sei der Überzeugung, dass die kleine kreisfreie Stadt der Idealtypus sei. Eine entsprechende Aufgabenverlagerung würde für die Stadt Landau eine deutliche Verschlechterung der Einflussnahme bedeuten. Man habe das Glück, eine blühende Stadt zu sein, was mit den effizienten Entscheidungen des Rates zu tun habe.

Ratsmitglied Lerch stellte fest, dass das Thema nicht neu sei, sondern schon seit vielen Jahren laufe. Das vorliegende Gutachten wolle kreisfreie Städte unter 80.000 Einwohnern auflösen. Man habe hier funktionierende Strukturen für deren Auflösung man gute Gründe brauche. Die Kooperation in der Südpfalz habe noch nie so gut funktioniert wie zur Zeit. Kleine kreisfreie Städte hätten bewiesen, dass sie gut wirtschaften können. Für ihn sei kein logischer Grund erkennbar, warum man die Kreisfreiheit auflösen sollte. Er hoffe auf ein breites Signal des Stadtrates nach Mainz. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dass den Grünen die Kreisfreiheit wichtig sei. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion unterstütze diese Resolution.

Ratsmitglied Maier erinnerte daran, dass das Gutachten zur Kommunalreform von allen Parteien beauftragt worden sei. Er lese aus dem Gutachten nicht automatisch die Folgerung, dass Landau seine Kreisfreiheit aufgeben solle. Der Resolution stimme die SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich zu.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass es unterschiedliche Blickwinkel gebe. Der eine Blickwinkel sei der des Landes, das sich eine Kosteneinsparung erhoffe. Dann gebe es unseren Blickwinkel mit der Befürchtung, dass Landau wirtschaftliche Nachteile haben könnte. Es gebe viele Möglichkeiten einer sinnvollen Zusammenarbeit, vor allem gebe es auch künftig noch andere Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Gies war der Auffassung, dass der Verlust der Kreisfreiheit für Landau definitiv ein Nachteil wäre. Aus dem Gutachten würden sich keine wesentlichen Vorteile für Landau bei der Aufgabe der Kreisfreiheit ergeben. Er sei der Meinung, dass Entscheidungen weiterhin vor Ort getroffen werden müssten. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl stand für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vollinhaltlich hinter der Resolution. Für sie stehe die Überschaubarkeit und die Beteiligung der Bürger vor Ort im Vordergrund. Die im Gutachten suggerierten Vorteile seien für sie nicht erkennbar. Eine interkommunale Zusammenarbeit könne sicher noch ausgebaut werden. Es habe sich gezeigt, dass die Verwaltung hier sehr wohl effizient arbeiten könne. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.



Ratsmitglied Silbernagel unterstrich, dass sich Landau seit der letzten Kommunalreform 1972 positiv entwickelt habe. Die Stadt sei zum starken Mittelzentrum der Region geworden. Klar sei, dass man durch die Interkommunale Zusammenarbeit Synergieeffekte nutzen sollte. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Resolution ebenfalls zu.

Ratsmitglied Stock begrüßte die Resolution. Für die kommunale Entwicklung halte er eine weitere Zentralisierung eher für hemmend. Daher stimme die LINKE-Stadtratsfraktion der Resolution ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Begründung genannten Resolutionstext.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Transport der gelben Wertstofftonnen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 17. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Klemm begründete den Antrag. Seit Beginn des Jahres werde in Teilen der Stadt die gelbe Wertstofftonne angeboten. Es sei aber nicht zu verstehen, dass in den betroffenen Straßen drei Tonnen an die Sammelstellen gebracht werden, die gelbe Tonne aber nicht. Gerade für ältere Menschen sei ein Transport an die Sammelstellen eine Entlastung.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass es ein kompliziertes System sei. Sofern es in der Zuständigkeit des EWL liege, werde der Transport zu Sammelstellen angeboten. Bei der Wertstofftonne sei es ein anderer Dienstleister, der es abgelehnt habe, diesen Service anzubieten. Ein Bereitstellungsservice seitens des EWL wäre nicht von der Zuständigkeit gedeckt. Er schlage vor, den Antrag in den Verwaltungsrat EWL zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion zum Transport der gelben Wertstofftonne zu den Sammelstellen wird in den Verwaltungsrat EWL verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag des Ortsbeirates Nußdorf; Errichtung einer zweiten Bushaltestelle für Nußdorf

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Ortsbeirates Nußdorf vom 17. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Sögding begründete den Antrag. Bei mittlerweile über 1.500 Einwohnern halte man als Ortsbeirat eine zweite Bushaltestelle in Nußdorf für sinnvoll. An der bestehenden Bushaltestelle gehe es sehr eng zu. Diese sei durch Schulkinder stark frequentiert. Eine zweite Bushaltestelle sei daher dringend notwendig.

Der Vorsitzende erläuterte, dass die Einrichtung einer zweiten Bushaltestelle möglich sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Im Zuge der Vergabe des neuen Linienbusbündels Queichtal wird in Nußdorf eine zweite Bushaltestelle ab Dezember 2020 in Höhe der Turn- und Festhalle eingerichtet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Förderung von Lastenrädern in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Heidbreder begründete den Antrag. Es gehe um attraktive Alternativen zum motorisierten Individualverkehr. Alle seien irgendwie Radfahrerinnen und Radfahrer. Oft sei dabei ein City-Rad ausreichend. In gewissen Situationen könne aber auch ein Lastenrad-Leihsystem sinnvoll sein und Autofahrten direkt ersetzen. Das Verleihsystem könne für viele die bessere Alternative zur Anschaffung eines solchen Lastenrades sein.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es ein Prüfauftrag sei, den man annehme. Er müsse aber auf die Haushaltssituation verweisen, insofern müssten Fördermöglichkeiten geprüft werden.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass seines Wissens VRN-Next-Bike solche Leih-Lastenräder anbiete.

Beigeordneter Hartmann entgegnete, dass man dies natürlich mitprüfen werde. Allerdings sei das VRN-Next-Bike-System relativ kompliziert.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, folgende Punkte zu prüfen:

- **Einführung eines (elektronischen) Lastenradverleihsystems im Stadtgebiet Landau**
- **Möglichkeiten zur Förderung von (Elektro-) Lastenrädern für Privatpersonen und Unternehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Park & Ride Parkplätze und Anbindung an den ÖPNV

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 21. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dürphold begründete den Antrag. Der Verkehr nehme insgesamt immer mehr zu. Der Wunsch sei groß, problemlos in die Stadt zu kommen und gleichzeitig wachse das Umweltbewusstsein. Es zeige sich, dass der Park & Ride-Parkplatz am Hauptbahnhof schon wieder zu klein sei. Um weitere Anreize zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu schaffen, sollten an den Stadträndern weitere Park & Ride-Parkplätze geschaffen werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man im Zuge der Neuverortung der Buslinienbündel solche Park & Ride-Parkplätze schaffen wolle.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion, Park & Ride-Parkplätze an den Einfallrändern von Landau zu schaffen und diese an den ÖPNV anzubinden, wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung der Geschäftsordnung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. In den Geschäftsordnungen anderer Städte gebe es Regelungen bis wann Anfragen zu beantworten seien. Für eine Stärkung des Stadtrates brauche man eine klare Regelung. Es könne nicht sein, dass die Verwaltung Anfragen erst nach langer Zeit oder gar nicht beantworte.

Der Vorsitzende stellte klar, dass man zwischen Anfragen und Prüfanträgen unterscheiden müsse. Wenn man erwarte, dass die Verwaltung ernsthaft prüfe, dann seien 6 Monate wie bei der Prüfung der Freilegung des Deutschen Tores immer noch eine angemessene Zeit. Anfragen in einer Qualität von Landtagsgröße sei für die Verwaltung nicht leistbar. Hier fehle es schlicht an personellen Ressourcen. Die Verwaltung habe immer Anfragen, die leistbar sind, schnell und umfassend beantwortet. Dies werde auch zukünftig so sein. Er biete an, über das Prozedere nochmal in einer Sitzung des Ältestenrates zu sprechen.

Ratsmitglied Saßnowski hielt es für wichtig, mehr Transparenz zu schaffen, warum Anträge manchmal länger dauern zur Beantwortung. Auch Anfragen seien ein wichtiges und wertvolles Mittel der Fraktionen. Sie dürften aber nicht zur Machtausübung genutzt werden und die Arbeit der Verwaltung still legen. Darüber sollte man im Ältestenrat sprechen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass man sich sicher einig sei, dass der Rat und die Fraktionen ein Informationsrecht hätten. Mit dieser Anfrage habe die SPD aber deutlich über das Ziel hinaus geschossen. Hier eine vernünftige Balance zwischen Lahmlegen der Verwaltung und dem legitimen Informationsrecht des Rates zu finden, sollte im Ältestenrat besprochen werden.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass es bei längerer Bearbeitungszeit zumindest Zwischennachrichten über den Stand der Bearbeitung geben sollte. Er halte eine Beratung im Ältestenrat für sinnvoll.

Ratsmitglied Gies sprach sich ebenfalls für eine Beratung im Ältestenrat aus.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in dem SPD-Antrag ein berechtigtes Anliegen. Es sei sicherlich sinnvoll, gewisse Regeln bei der Beantwortung von Anfragen einzuführen. Die Fraktionen würden sich ja Gedanken machen über die Anfragen. Sie denke, dass man im Ältestenrat hier einen Kompromiss finden könne. Dies werde aber nur auf dem Boden des gegenseitigen Respekts voneinander gelingen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass man Fristen für die Beantwortung von Anfragen nicht von vorneherein definieren könne. Man sollte miteinander reden, das gesprochene Wort bringe da mehr als Regelungen in der Geschäftsordnung.

Ratsmitglied Stock unterstrich, dass Anfragen und Anträge ein wichtiges Grundelement der Politik seien. Es müsse für mehr Transparenz gesorgt werden. Man begrüße es, dies im Ältestenrat zu beraten.



Beigeordneter Hartmann machte deutlich, dass er als Dezernent und auch die gesamte Verwaltung überhaupt keine Probleme damit habe, Informationen zu teilen. Aber Anfragen in diesem Umfang würden deutlich zu weit gehen.

Ratsmitglied Maier war mit der Behandlung des Themas im Ältestenrat einverstanden.

Ratsmitglied Dr. Wissing bedauerte, dass es hier offenbar eine Konfliktsituation zwischen Ratsfraktion und Verwaltung gebe. Dies gefalle ihr nicht.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung wird in den Ältestenrat verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen in der Königstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 28. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Kleemann begründete den Antrag. Man halte den Wegfall von 48 Parkplätzen weiterhin für schwierig. Sie bezweifle, dass die Menschen auf dem Alten Messplatz parken werden, um dann mit dem Altstadtshuttle zu fahren. Eine Höchstparkdauer von 30 Minuten könnte reichen, um Erledigungen zu machen und erhöhe die Fluktuation.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion in der Königstraße Kurzzeitparkplätze einzurichten, wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

- a) Herrn Bastian Stock, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Hauptausschuss
- b) Herrn Tobias Schreiner, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss
- c) Herrn Sven Kaemper, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in die Verbandsversammlung Regio Pamina
- d) Herrn Cyrus Bakhtari, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat Sparkasse



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Rheinland-Pfalz-Tag 2024

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es gehe im Wesentlichen darum, wie man das Stadtjubiläum 2024 ausgestalte, den Rheinland-Pfalz-Tag nach Landau zu holen und die Eröffnung des Kultursommers Rheinland-Pfalz in Landau zu haben. Alle drei Projekte werde man nicht gleichzeitig stemmen können. Daher schlage man vor, sich um den Rheinland-Pfalz-Tag möglichst für das Jahr 2024 zu bewerben. Mit Unterstützung des Landes könne man dann im Jahr des Stadtjubiläums einiges bewegen.

Ratsmitglied Leiner erklärte, dass man zur Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages eine geteilte Meinung habe. Einerseits entstehe durch die Präsentation der Stadt ein Imagegewinn, andererseits würden hohe Ausgaben für den städtischen Haushalt anfallen. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass es einerseits das Stadtjubiläum gebe und andererseits den Wunsch nach der Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages. Die Frage sei, wie man dies sinnvoll kombinieren könne. Er sei der Meinung, dass eine Kombination der beiden Veranstaltungen Synergieeffekte bringe. Es spreche vieles dafür, es miteinander zu verbinden. So könne man möglicherweise einen großen Wurf hinbekommen und die Kosten wären dann auch zu rechtfertigen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier freute sich, dass der Antrag seiner Fraktion positiv aufgenommen werde. Der Rheinland-Pfalz-Tag passe zum Stadtjubiläum. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme gerne zu.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass es Sinn mache, dies zu kombinieren. Aber man müsse die Kosten im Blick behalten. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Herrmann stimmte für die AfD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Es sei dies eine gute Möglichkeit für die Stadt, sich angemessen zu präsentieren.

Ratsmitglied Dr. Migl lehnte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion die Vorlage ab. Das finanzielle Risiko sei zu hoch. Es wäre aus ihrer Sicht besser, das Stadtjubiläum in den Mittelpunkt zu stellen. Man dürfe auch nicht die Belastung der Verwaltung vergessen und sich die Frage stellen, was das für die Verwaltung bedeute. Das Kerngeschäft müsse nämlich auch weitergemacht werden.

Ratsmitglied Silbernagel unterstrich, dass die FDP-Stadtratsfraktion sehr kontrovers diskutiert habe. Die Problematik sehe man in der Finanzierung. Natürlich sollte man das Stadtjubiläum feiern, aber man sage Nein zum Rheinland-Pfalz-Tag. Die FDP-Stadtratsfraktion werde unterschiedlich abstimmen.

Ratsmitglied Stock sah durchaus Synergieeffekte in der Verbindung des Stadtjubiläums mit der Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages. Landau könne sich dann als weltoffene und tolerante Stadt präsentieren. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.



Ratsmitglied Dr. Wissing teilte mit, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werde. Bei einem Rheinland-Pfalz-Tag präsentiere sich nämlich in erster Linie das Land. Sie habe hier ein gewisses Misstrauen was die Kosten angehe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man natürlich mit dem Land über das Geld reden müsse.

Ratsmitglied Kerbstat war der Meinung, dass man angesichts des ausgerufenen Klimanotstandes die Frage stellen sollte, wie man den Rheinland-Pfalz-Tag nachhaltig gestalten könnte.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 27 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen:

dass sich die Stadt Landau um die Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages im Jahr des Stadtjubiläums 2024 bewirbt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Bildung eines Universitätsausschusses, Änderung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 13. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man wolle schnell die Arbeit im Universitätsausschuss aufnehmen, weil das Thema Universitätsstrukturreform auch für die Stadt Landau von Bedeutung sei.

Ratsmitglied Dr. Blinn erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Man ziehe nicht in Zweifel, dass die Universität ein ganz wichtiger Bestandteil der Stadt sei. Die Frage hier aber sei Aufwand und Ertrag. Man könne ja wahrlich nicht sagen, dass man nicht mit der Universität kommuniziere. Er stelle auch nicht in Abrede, dass Wohnen, Verkehr und Kultur wichtige Themen seien. Aber diese würden immer wieder auch im bisherigen Rat der Universität behandelt. Es scheitere aber immer wieder an der Umsetzung. Diesen ständigen Ausschuss brauche man nicht.

Ratsmitglied Trippner stimmte Herrn Dr. Blinn dahingehend zu, dass der bisherige Rat für Fragen der Universität und Studierenden alles andere als effizient war. Genau deshalb wolle man ihn durch ein effizientes Gremium ersetzen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass man hier Bürokratie aufbaue. Hier werde ein Aufwand betrieben, bei dem man sich fragen müsse was letztlich herauskomme.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass manches in den letzten Jahren nicht so gut gelaufen sei. Deshalb wolle man ja diese Veränderung hin zu einem Universitätsausschuss. Diese Universität stehe am Scheideweg und an einer Zäsur. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in dem Universitätsausschuss eine klare Aufwertung für die Universität. Sie bedauere sehr, dass die SPD dies anders sehe. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Beigeordneter Hartmann unterstrich, dass viele Themen seit Jahren ungelöst daliegen würden. Im alten Rat für Fragen der Universität und ihrer Studierenden habe es keine Verpflichtung gegeben. Das Format sei nicht zielführend gewesen. Der Arbeitsaufwand zwischen dem Alten Rat und dem neuen Ausschuss sei die gleiche, aber man könne verbindlich beraten. Im Übrigen habe dieser Vorschlag die Unterstützung aller universitären Akteure.

Der Vorsitzende bat darum, nicht einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Man sei aber gut beraten, wenn man die Universität in dieser Zeit besonders in den Blick nehme.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja-, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

1. zur Behandlung von Themen mit Bezug zur Universität in Landau einen Universitätsausschuss zu bilden.
2. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Änderung der Hauptsatzung als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2030 der Stadt Landau in der Pfalz; Entwurfs- und Offenlagebeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dieser vorliegende Entwurf sei das Ergebnis von 2 Jahren Arbeit, in denen die verschiedensten Daten und Fakten zusammengetragen worden seien. Nach den vorangegangenen Beratungen in den Gremien sei jetzt beispielsweise die Ortsumfahrung Arzheim nicht mehr vorgesehen. Jetzt gehe es um die Offenlage des Entwurfs. Danach werde man die eingehenden Stellungnahmen zusammenfassen und dann den Flächennutzungsplan zur Abstimmung vorlegen. Den Antrag der FWG sehe die Verwaltung kritisch, da es schwierig sei, die Perspektivflächen über 2030 hinaus zu platzieren. Dies deshalb, weil die Regionalplanung von einer Siedlungsentwicklung in der Kernstadt ausgehe. Er schlage vor, den FWG-Antrag mit in die Gesamtbetrachtung aufzunehmen.

Ratsmitglied Freiermuth erläuterte den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion. Es sei wichtig, die Ortsteile nicht hinten runter fallen zu lassen. Alle Ortsteile hätten sich Gedanken gemacht, wie es evtl. weitergehen könnte nach 2030. Es wäre unredlich, dies nicht zu berücksichtigen.

Ratsmitglied Saßnowski stellte fest, dass Landau in den vergangenen Jahren gewachsen sei. Niemand aber wisse, wie die Welt in 10 Jahren aussehe. Die Stadt Landau komme irgendwann an ihre Grenzen. Es sei wichtig, Schritt für Schritt zu gehen. Daher begrüße man diesen Flächennutzungsplan und werde als GRÜNE-Stadtratsfraktion auch zustimmen. Der vorliegende Plan treibe eine Bebauung mit dem Maß der Mitte voran. Es habe ein Umdenken stattgefunden, dass man mit den vorhandenen Ressourcen sparsam umgehen müsse. Insofern sei der Plan auch eine Mahnung, die Grenzen nicht zu vergessen.

Ratsmitglied Löffel sah den Flächennutzungsplan als Grundlage für die Entwicklung der Stadt in den nächsten 10 Jahren. Es sei ein maßvoller Plan, der eine Basis schaffe für eine gleichmäßige Entwicklung von Wohnen und Arbeiten. Man sehe es auch als wichtig an, den Stadtteilen Perspektiven zu geben. Dies müsse in den Fokus gerückt werden. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier stellte die grundsätzliche Frage, ob überhaupt Perspektivflächen aufgenommen werden. Die SPD wolle den heutigen Offenlagebeschluss verschieben und erst den Antrag der FWG behandeln. Wenn man abstimme, dann werde die SPD-Stadtratsfraktion die Vorlage ablehnen. Man sehe keinen Grund, überhaupt Perspektivflächen im Flächennutzungsplan drin zu lassen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man mit den Perspektivflächen Zeichen setzen wolle für die künftige Entwicklung über 2030 hinaus. Perspektivflächen seien ein reines Vorsichtsinstrumentarium. Die Schwierigkeit sei, dass man einen Weg finden müsse, diese so im Flächennutzungsplan unterzubringen, dass die Regionalplanung mitspiele.

Ratsmitglied Freiermuth war es wichtig, dass dies nicht unter den Tisch falle. Die Ortsteile hätten hier auch ihre Rechte. Perspektivflächen machen in jedem Fall Sinn, denn die Menschen suchen Wohnungen und gerade junge Menschen wollen gerne im Ort bauen.



Ratsmitglied Herrmann unterstrich, dass man die Stadtdörfer nicht vernachlässigen dürfe. Man brauche Bauplätze, damit man die jungen Menschen im Dorf halten könne.

Ratsmitglied Kleemann erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Der Flächennutzungsplan sehe eine enorme Flächenversiegelung vor und es sei ein fragwürdiger Bedarf.

Ratsmitglied Silbernagel betonte, dass der Flächennutzungsplan die Grundlage für die kommenden Jahre sei. Es sei wichtig, Ressourcen für die weitere Entwicklung zu schaffen. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu. Für den Antrag der FWG bitte man darum, im Rahmen des Offenlegungsverfahrens Lösungen zu finden.

Ratsmitglied Schreiner teilte mit, dass die LINKE-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Man begrüße insbesondere die angestrebte städtebauliche Dichte.

Ratsmitglied Albrecht bat um Auskunft, ob es möglich sei, die Auswirkungen des Klimaanpassungskonzeptes in den Flächennutzungsplan einfließen zu lassen.

Herr Kamplade erläuterte, das die Stadtklimaanalyse Bestandteil der Offenlage sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen:

1. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Flächennutzungsplans vom Juni 2018 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom 21. Januar 2020 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des Flächennutzungsplans 2030 vom Juni 2018 entsprechend den in der als Anlage 3 beigefügten Synopse vom 21. Januar 2020 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
3. **Der Entwurf des Flächennutzungsplans 2030 wird in der Fassung vom Januar 2020 zur Offenlage beschlossen. Die Begründung und der Umweltbericht als gesonderter Teil der Begründung werden gebilligt (Anlagen 1, 2 und 2.1)**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Flächennutzungsplans in der Fassung vom Januar 2020 nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.1. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Übernahme der "Perspektivflächen über 2030 hinaus" für die Ortsteile in den Flächennutzungsplan 2030

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 14. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 13 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion, im Flächennutzungsplan 2030 auch Perspektivflächen für die Ortsteile auszuweisen, wird in das Offenlageverfahren übernommen mit der Maßgabe eine mit der Regionalplanung konforme Lösung zu finden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

**Bebauungsplan C 25 „Konversion Landau Süd / Landesgartenschau“ –
Aufstellungsbeschluss 3. Teiländerung (Gebiet in der Gemarkung Landau, Paul-von-Denis-Straße zwischen Franz-Schubert-Straße und Mozartstraße)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau, Paul-von-Denis-Straße zwischen Franz-Schubert-Straße und Mozartstraße wird der Bebauungsplan C 25 „Konversion Landau Süd / Landesgartenschau“ – 3. Teiländerung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V. § 13 a BauGB aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans „GS 10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“ der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Für das Gebiet des Bebauungsplans „GS 10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“ der Stadt Landau in der Pfalz wird eine Veränderungssperre gemäß § 14 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen (siehe Anlagen).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Neue Innenstadtmobilität

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Seit Jahren beschäftige man sich mit dem Thema Mobilität. Dabei werde klar, dass man die Innenstadtmobilität verändern müsse. Man habe unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung durchgeführt. Es gehe darum, die Fahrradinfrastruktur besser abzubilden. Insgesamt habe man ein ausgewogenes Maßnahmenbündel schnüren können. Es sei kein Radikalkonzept, sondern ein Zwischenschritt. Ziel sei eine bessere Vernetzung des ÖPNV, insbesondere mit den Stadtdörfern. Dies hier sei der Einstieg in eine Veränderung, die groß sein werde.

Beigeordneter Hartmann betonte, dass fachlich in den Ausschusssitzungen alles gesagt worden sei. Als neue Information könne er weitergeben, dass das Radfahren von Kindern unter 10 Jahren in der Fußgängerzone rechtlich möglich sei. Entscheidend in der Frage der Mobilität sei, dass es für den Klimaschutz eben nicht egal sei, wie man sich fortbewegt. Um Klimaschutzziele einhalten zu können, brauche man die Verkehrswende. Diese Vorlage sei ein Kompromiss aufbauend auf der Basis des Mobilitätskonzeptes. Innenstadt sei für viele ein zentraler Punkt, wo man lebe, arbeite, fortgehe. Und natürlich sei auch der Handel in diesem Bereich ein zentraler Punkt. Aber gegen Amazon gewinne man nicht mit Parkplätzen, sondern sei dies eine Frage der Aufenthaltsqualität. Der Kritik habe man sich gestellt. Das vorliegende Konzept sei ein Vorschlag mit Maß und Mitte.

Ratsmitglied Heidbreder erklärte, dass bei Klimazieldiskussionen der Verkehrssektor regelmäßig auf der Strecke bleibe. Vor diesem Hintergrund sei das vorliegende Landauer Konzept ein Meilenstein in der Klimaschutzmobilität. Es gebe klare Regelungen für Fußgänger, für den Radverkehr und im äußeren Ring für den Kfz-Verkehr. Jedes Detail und jede noch so kleine Frage sei bedacht worden. Für die Weißquartierstraße als Fahrradstraße spreche sachlich und fachlich nichts. Allein schon deshalb, weil die Königstraße als Vorrangroute für den Radverkehr ausgewiesen sei. Nichts würde in der Königstraße die Aufenthaltsqualität mehr schmälern als herumstehende Autos. Durch die wandernde Baumallee wolle man vielmehr Aufenthaltsqualität zum Flanieren schaffen. Nichts bringe so viel Frequenz wie eine Altstadt der kurzen Wege, in der man sich gerne aufhalte. Der Altstadtshuttle sei ein Novum in Rheinland-Pfalz, mit dem man eine Kompensation für den Einzelhandel schaffe.

Dieses Konzept sei auch kein Schnellschuss, sondern wochenlang vorbereitet worden. Mobilitätskonzept und Klimaschutzkonzept seien beide mit großer Mehrheit im Stadtrat beschlossen worden. Hierauf fuße nun dieser Vorschlag.

Landau könne Klimaschutzmobilität, dies beweise man mit diesem fachlich und sachlich guten Konzept. Ihr Dank gehe an die Verwaltung, die diese politisch gewollten Ideen mit Inhalt gefüllt hätten. Nie sei die Zeit für konsequente Klimaschutzpolitik drängender gewesen. Deshalb müsse dieses Jahrzehnt die Dekade des Klimaschutzes werden. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck betonte, dass man über ein sehr umfassendes Maßnahmenpaket beschließe. Man drehe an einem großen Rad. Grundlage für diese Beschlüsse sei das gemeinsam beschlossene Mobilitätskonzept. Gerade in Fragen der Mobilität müsse man weiter umdenken lernen. Ein zentraler Punkt sei dabei der Klimaschutz und die Förderung einer klimaneutralen Mobilität. Im Mobilitätskonzept



seien bereits die Vorrangbereiche definiert. Er wolle nicht verhehlen, dass die CDU kontrovers diskutiert habe. In der Königstraße gehe es darum, ein Wohlfühlklima in dieser Straße zu erreichen. Eine Kompensationsmöglichkeit sei dabei der kostenlose Altstadtshuttle. Grundsätzlich positiv sehe man den Einsatz digitaler und moderner Leittechnik. Im Sinne dieses Umdenkens gehe man heute einen großen Schritt. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage mehrheitlich zu.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass dieses Thema die Gemüter in der Stadt erhitzt habe. Dabei hätten die Grünen genau diese Dinge immer wieder angekündigt. Die CDU aber, die sich jahrelang als Parkplatzpartei gesehen habe, verrate mit dieser Vorlage ihre Wählerinnen und Wähler. Wenn man ernsthaft Verbesserungen für den Radverkehr wolle, dann müssten Parkplätze wegfallen, so ehrlich müsse man sein. Er könne keine Verbesserungen für die Aufenthaltsqualität der Königstraße erkennen. Die Straße bleibe so hässlich wie sie sei. Dass in der Frage des Altstadtshuttles gerade der Seniorenbeirat und der Behindertenbeirat nicht beteiligt worden seien, sei unendlich peinlich und dürfe sich nicht wiederholen. Selbst Fachleute würden überdies bestätigen, dass der Shuttle mit dieser Linienführung keinen Sinn mache. Die SPD-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Freiermuth wies darauf hin, dass der ÖPNV nicht nur in Landau festgelegt werde, sondern man eingebunden sei in eine größere Einheit. Er sei nach wie vor der Auffassung, dass eine Öffnung der Königstraße für den gegenläufigen Radverkehr nicht sein müsse. Keine Frage sei, dass man die Königstraße verbessern müsse, um die Attraktivität zu stärken. Sinnvoll sei es auch, die Zeiten für das Fahrradfahren in der Fußgängerzone einzugrenzen. Insgesamt sei viele Dinge in dieser Vorlage nicht stimmig, daher lehne die FWG-Stadtratsfraktion ab.

Ratsmitglied Herrmann hielt es für gut, eine neue Innenstadtmobilität zu diskutieren. Aber es fehle hier noch an Grundlagen. Er halte es für falsch, die Königstraße für den gegenläufigen Radverkehr zu öffnen. Wenn die Königstraße so umgebaut werde, stelle sich die Frage wo denn dann der Innenstadtshuttle noch fahren solle. Warnendes Beispiel sei die südliche Marktstraße, die so gut wie tot sei. Wenn man den Geschäftsleuten nun die Geschäftsgrundlage entziehe, dann werde es der Königstraße genauso ergehen. Dies sei alles nicht durchdacht, daher lehne die AfD-Stadtratsfraktion die Vorlage ab.

Ratsmitglied Kleemann betonte, dass man das Mobilitätskonzept grundsätzlich gut finde. Der Wegfall von 48 Parkplätzen in der Königstraße, dazu noch ohne Not, sei allerdings nicht zustimmungsfähig. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde sich enthalten.

Ratsmitglied Silbernagel unterstrich, dass sich die Zeiten geändert hätten. Es gehe eben nicht mehr alleine um den motorisierten Verkehr, sondern um die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer in der Innenstadt. Eine Verkehrsberuhigung in der Waffenstraße habe man schon vor 15 Jahren diskutiert. Mit diesem Konzept erreiche man jetzt dies, was damals nicht gelungen sei. Die Königstraße sei in diesem Zustand nicht mehr zeitgemäß. Er sei der Meinung, dass dieses neue Konzept nicht in Einzelschritten, sondern als Komplettpaket umgesetzt werden müsse. Nur so entfalte es die gewünschte Wirkung. Der Altstadtshuttle sei ein kluger Schachzug. Er glaube, dass dies eine Erfolgsgeschichte werde. Die wegfallenden Parkplätze könnten zum Beispiel durch Öffnung von Behördenparkplätzen am Wochenende kompensiert werden. Es sei dies ein großes Mobilitätskonzept für eine neue Landauer Innenstadt. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.



Ratsmitglied Schreiner begrüßte die Öffnung der Königstraße für den Fahrradverkehr. Zweifel habe man beim Altstadtshuttle, begrüße aber den kostenlosen ÖPNV. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja-, 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Auf Grundlage des Mobilitätskonzeptes werden zur Stärkung der innerstädtischen Mobilität, zur Verbesserung des Verkehrsflusses, der Sicherheit und der Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt von Landau folgende Maßnahmen beschlossen:

- Einführung eines für die Nutzerinnen und Nutzer kostenfreien Altstadt-Shuttles auf dem in Anlage 2 dargestellten Linienverlauf im 20 Minuten Takt von 9:00 Uhr – 19:00 Uhr Montag bis Freitag und 9:00 Uhr – 17:00 Uhr an Samstagen.
- Ausweisung von 6 Parkplätzen am südlichen Ende des Weißquartierplatzes und 7 Parkplätzen auf der Nordseite der Straße Am Großmarkt
- Öffnung der Königstraße für Fahrradfahrer entgegen der Einbahnstraße mit Wegfall von 48 Parkplätzen sowie der Aufstellung von 23 zusätzlichen Straßenbäumen nach Anlage 3.
- Änderung der Verkehrsführung in der Waffestraße und der Reiterstraße nach Anlage 4 und Sperrung von Teilabschnitten der Waffestraße und der Reiterstraße für den Durchgangsverkehr.
- Öffnung der Fußgängerzone für Radfahrende von Montag bis Samstag von 18:30 Uhr – 11:00 Uhr und Sonntag ganztägig. Die Verbindung Westbahnstraße – Stiftsplatz – Martin-Luther-Straße (Vorrangroute Radverkehr) wird dauerhaft und in Abhängigkeit vom Umbau der Martin-Luther-Straße komplett für den Radverkehr geöffnet.
- Modernisierung der Lichtsignalanlagen mit einer belastungsabhängigen, „intelligenten“ Signalsteuerung in der Hindenburgstraße, im Nordring, im Marienring und in der Rheinstraße zur Erhöhung der Leistungsfähigkeiten für den Kfz-Verkehr.
- Bauliche Umgestaltung der Martin-Luther-Straße zu einer Mischverkehrsfläche nach Anlage 5 und Öffnung des Abschnittes zwischen Meerweibchenstraße und Kronstraße für Fahrradfahrer entgegen der Einbahnstraße im Sommer 2020.
- Öffnung der Martin-Luther-Straße zwischen Kronstraße und Weißquartierstraße für Fahrradfahrer entgegen der Einbahnstraße nach erfolgter baulicher Umgestaltung zu einer Mischverkehrsfläche.
- Erhöhung des Haushaltsansatzes im PK 5410 096346 Martin-Luther-Straße im Jahre 2021 von 30.000 € auf 530.000 € mit einer Verpflichtungsermächtigung.
- Reduzierung des Haushaltsansatzes im PK 5410 096 096347 Königstraße im Jahre 2021 von 800.000 € auf 300.000 €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Entleerung, Kassettentausch, sichere Verwahrung und Zählung sowie Ablieferung von Bargeldern aus Parkscheinautomaten und einem Gebührenautomaten der öffentlichen Toilettenanlage Langstraße in Landau in der Pfalz; Vergabe des Auftrags für 2020-2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 14. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Entleerung, Kassettentausch, sichere Verwahrung und Zählung sowie Ablieferung von Bargeldern aus Parkscheinautomaten und einem Gebührenautomaten der öffentliche Toilettenanlage Langstraße 2020-2022 in Landau in der Pfalz ist der Firma b.i.c. sicherheit gmbh, Karlsruhe, zu den Preisen ihres Angebotes vom 16.12.2019, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 218.131,40 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Verlängerung des Prüfauftrages für den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau für die Jahre 2020 und 2021

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 14. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Verlängerung des Prüfauftrages für die Jahresabschlüsse 2020 und 2021 des Eigenbetriebs Gebäudemanagement Landau an die Dornbach GmbH, Koblenz, zu den bisherigen Konditionen zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Wirtschaftsplan 2020; Übertrag von Mittel des Wirtschaftsjahres 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 16. Januar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsjahres 2019 für die Herstellung der öffentlichen Toilettenanlage am Alten Messplatz in Höhe von 55.000 EURO.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Herrmann bat eine Anregung von Bürgerinnen zu prüfen, die Hundesteuer für Rentner und Rentnerinnen herunterzusetzen. Eine solche Steuerermäßigung sollte es auch für Hunde geben, die aus dem Tierheim geholt werden.

Ratsmitglied Freiermuth erkundigte sich nach der Auslegung des Einheimischenmodells.

Der Vorsitzende erläuterte hier zu dem Sachverhalt.



Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 04.02.2020 umfasst 26 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 387.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter